

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt: Tagesblatt Riesa,  
Garnus Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1830  
Circulasse Riesa Nr. 52.

Nr. 18.

Donnerstag, 22. Januar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages (bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen: eine Zeile für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8. vom ersten, zum Ende Grundpreis, je 6 Seiten 25 Gold-Pfennige, die 8. am drei- wöchentlichen 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, bewilligt. Inhaltlich, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden mag oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Kündigungs- und Unterhaltungsbeiträge, bezahlbar an der Elbe. Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten - hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Eine zweite Kanzlerrede im Reichstag.

### Deutscher Reichstag.

(Fortsetzung des gestrigen Berichtes.)

Abg. Berlin. 21. Januar 1925. Der Redner richtet dann die Frage an den Reichskanzler, ob er jede Agitation gegen die Republik mißbilligt und von Leuten die das Kabinett als Instrument gegen die Republik benutzen wollen, abruhe. (Der Reichskanzler nickt.) Die Antwort auf diese Fragen würden die Demokraten abwarten; auf keinen Fall würden sie der Regierung bisher Neutralität aufrufen. Wenn die Antwort befriedigend ausfalle, würde man der Regierung zunächst freies Spiel lassen.

Abg. Dr. Jürissen (Wirtsch. Vereinig.) erklärt, die Wirtschaftliche Vereinigung werde ihre Stellung zur neuen Regierung davon abhängig machen, ob diese die Interessen des Mittelstandes genügend vertrete. Der Redner fordert, daß die von den Besatzungstruppen im besetzten Gebiet an der Bevölkerung verübten Uebergriffe und Verbrechen von deutschen Berichten nachgeprüft und verhandelt werden.

Abg. Leicht (Bayr. Volksp.) betont, es werde sehr schwer sein, sachlich gegen dieses Kabinett etwas einzuwenden. Das Zentrum habe allerdings eine Fülle von Bedingungen gestellt. Es sei sich seiner ausschlaggebenden Stellung wohlbewußt. Er habe aber das Vertrauen zum Zentrum, daß es die große Verantwortung nicht vergessen werde, die es zu tragen habe. Der Redner spricht dem seiner Partei angehörigen Reichspolminister Stinag volles Vertrauen aus. Der Redner tritt für die Wahrung des konfessionellen Friedens ein, angedeutet mancher bedauerlichen Vorkommnisse der letzten Zeit und fordert eine Neuordnung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern zu Gunsten der Letzteren.

Abg. v. Graefe (Nat.-Soz.) macht die Bärde für die Mißstände in Deutschland verantwortlich. Früher sei es Herr Rothschild gewesen, in letzterer Zeit Herr Barinat. Die Regierenden seien nur Marionetten an den Fäden der Bärde.

Der Redner richtet an den Kanzler eine Reihe von Fragen, die u. a. die Forderung enthalten, alle mit Verfassungsmehrheit angenommenen Gesetze für ungültig zu erklären, unter andern auch die Dawes-Gesetze. Er verlangt weiter die schärfste Untersuchung der Skandal-Affären der letzten Zeit und fragt, ob es richtig sei, daß der preussische Justizminister zu Gunsten der Barinat eingegriffen habe? Die Magdeburger Richter müßten gegen die schamlosen Angriffe von gewisser Seite geschützt werden. Beamte dürften überhaupt keine Aufsichtsratsstellen innehaben. Der Redner erinnert an den Fall Toppelsch, als der Minister von Pöbelski auf Befehl des Kaisers sein Amt niederlegen mußte, weil nicht er selbst, sondern seine Frau an der Firma beteiligt war. Es sollte aber jeder Schein vermieden werden. Das war das sogenannte Hauptwürde alle System. Es müßte auch den Angeordneten gesetzlich verboten werden, Aufsichtsratsstellen und ähnliche Posten zu übernehmen. Es ist erschreckend, in welche politisch-parlamentarische Kreise hinein diese Korruption gegangen ist. (Lebh. hört! hört! und Rufe: Namen nennen!) Als der Redner erklärt, er verzichte darauf, heute Einzelfälle zu nennen, erwidern bei den Soz. bärmische Ausrufe. Es entsteht minutenlanges Lärm, da von den Soz. dauernd der Ruf erklingt: Heraus mit den Namen! Ich verzichte besonders darauf, die Familie des Herrn Reichspräsidenten hier in die Debatte zu ziehen. (Großer Lärm bei den Soz., der minutenlang anhält.)

Der Redner erklärt, daß seine Gruppe kein Vertrauensvotum einbringen werde, um nicht die Geschäfte der Braun und Seering zu betreiben. Sie werde sich abwartend verhalten.

Darauf erhebt unter allgemeiner Spannung

### Reichskanzler Dr. Luther

das Wort.

Als die Kommunisten wieder mit ihren Annaherungen beginnen, entsteht allgemeine Heiterkeit, in die auch der Reichskanzler einstimmt. Der Reichskanzler erklärt, als diese Rufe weiter erklingen, unter großer Heiterkeit des Hauses: „Mir kommt es so vor, als ob ich schon neulich diese Rufe hier gehört hätte.“

Der Reichskanzler stellt mit Befriedigung fest, daß für das außenpolitische Programm der Regierung sich eine breite zustimmende Front gebildet hat. Nicht nur die Parteien, die Vertrauensmänner in das Kabinett entsandt haben und die Wirtschaftliche Vereinigung, sondern auch die Demokraten haben erklärt, daß sie das Regierungsprogramm zur Außenpolitik anerkennen. Auch der Außenpolitiker der Sozialdemokraten, Dr. Breitfeld, habe festgestellt, daß dieses außenpolitische Programm auch von Marx hätte aufgestellt werden können. Es müßte eine starke Stütze für das Kabinett sein, wenn es weiß, daß seine Außenpolitik eine solche breite Grundlage im Deutschen Reichstag habe.

Der Reichskanzler beantwortet dann einzelne Anfragen der Parteien. Wir hatten nach der Londoner Konferenz keinen Anlaß, an der Innehaltung des vertragsmäßigen Räumungstermins bezüglich der Kölner Zone zu zweifeln. Das Problem der Räumung der nördlichen Rheinlande sei immer wieder erörtert worden. Als sich

bei den internationalen Erörterungen der erste Ansehenspunkt, als ob die Räumung in Zweifel gestellt werden sollte habe die Regierung sofort die Initiative ergriffen. Die betreffenden ausländischen Regierungen sind darauf aufmerksam gemacht worden, daß Deutschland die Räumung bestimmt erwartet.

Niemals aber sei von einer der beteiligten Mächte der Vorschlag einer Kompromißlösung gemacht worden. Solche Kompromißvorschläge hätte die deutsche Regierung durchaus nicht von vornherein abgelehnt. Das frühere Kabinett war nach einem Vortrag Dr. Stresemanns vollkommen darüber klar, daß ein etwaiger Vorschlag der gleichzeitigen Räumung des Ruhrgebietes und der nördlichen Kölner Zone zu prüfen gewesen wäre. Entschieden entgegengetreten werden muß der Anschauung, daß auch die Räumung ins Ungeheure verschoben werden sei. Es liegen maßgebende Mitteilungen der französischen Regierung vor, daß an der Erklärung bezüglich des letzten Termins der Räumung sich nichts geändert hat. Eine andere rechtliche Auffassung sei auch vollkommen unmöglich.

Vor dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund muß völlige Klarheit über alle dabei in Betracht kommenden Fragen geschaffen werden. Die Grenzregelung an der Westfront sei für die deutschen Interessen sehr ungünstig, da die Westfront völlig der Westfront abgeschrieben werde, entgegen den Bestimmungen des Versailler Vertrages. Die Regierung hat gegen diese schwere Verletzung des Vertrages bei jeder Gelegenheit Einspruch eingelegt, aber ohne Erfolg.

Der Kanzler wendet sich dann der Innenpolitik zu und bespricht zunächst die Frage der Zeitverhältnisse, von der Freiheit selbst festgestellt habe, daß sie für die Sicherheit Frankreichs nicht die geringste Rolle spielen können. Was die Reichsregierung in dieser Hinsicht aus innenpolitischen Gründen getan habe, sei der Öffentlichkeit schon seit längerer Zeit mitgeteilt worden. (Lärm b. d. Komm.) Sollten die Entente darüber hinaus Material besitzen, so sollten sie es baldmöglichst der Reichsregierung zuleiten. (Hört! hört!) Das hätte bei der Wiederannahme der Kontrollmaßnahmen am besten geschehen können. Sicherlich wird sich aber ergeben, daß dieses Material in großen Umfang unzutreffend ist. (Lebh. hört! hört!) Diese Angelegenheiten werden aber von einer uns feindsichtig gesonnenen Propaganda mit toller Uebertreibung in der ganzen Welt gegen uns ausgenutzt. (Lebh. Zustimmung.)

Der Kanzler stellt dann fest, daß ganz selbstverständlich auf die vaterländischen Verbände die Gesetze zur Anwendung gebracht werden, und daß gleiches Recht für alle gelte. Ausförmungen werden von der Reichsregierung nicht nur verurteilt, sondern auch verfolgt. Der Abg. Graf Westarp habe nicht von vaterländischen Verbänden, sondern von der vaterländischen Bewegung gesprochen. (Lärm b. d. Soz.) Man kann in unserem Volke nur eine Bewegung begrüßen die der Pflege des vaterländischen Gedankens gilt. (Großer Lärm links.) Diese Bewegung darf aber nicht etwa andere Gegenseite unterdrücken, sondern sie muß sie ausgleichen. Der Redner wendet sich dann gegen die Auffassung des Abg. v. Graefe und betont die Rechtsgültigkeit der jetzigen Gesetzgebung, auch der verfassungsbändernden.

In der Veramts-Affäre müsse man sich vor Allgemeinurteilungen hüten. Der Reichskanzler bedauert, daß auch die Person des Reichspräsidenten in diese Debatte hineingezogen worden sei. Für die Teilnahme von Beamten an Aufsichtsräten bestünde schon seit jeder der Grundab, daß diese einen Gewinn aus solcher Tätigkeit nicht ziehen dürfen. (Lärm u. Zurufe b. d. Komm.)

Der Kanzler erklärt, er glaube damit alle wichtigen Fragen beantwortet zu haben. Die Minister, die ins Kabinett eintreten, legen ihre Aufsichtsratsposten nieder. (Lärm b. d. Komm. u. Rufe: Wo bleibt die Annahme?) — Großer Lärm. Der Kanzler erklärt: Ich habe zur Annahme namens der Reichsregierung keine Erklärung abgegeben. (Großer Lärm b. Komm., jedoch der Kanzler nicht weitersprechen kann.) — Der Lärm nimmt immer beständig Formen an. Des Hauses bemächtigt sich allgemeine große Unruhe.

Vizepräsident Dr. Nieber schließt wegen dieser Störungen den Abg. Schwarz-Verku (Komm.) von der Sitzung aus und fordert den Abg. Schwarz auf, den Saal sofort zu verlassen. (Lebh. Beifall.) Als Abg. Schwarz sich weigert, verläßt der Vizepräsident um 5 Uhr 45 Min. die Sitzung auf 5 Minuten.

### Die neue Sitzung.

(In der Zwischenzeit verläßt der Abg. Schwarz nach längerer Besprechung mit seinen Parteifreunden den Sitzungssaal.)

Vizepräsident Dr. Nieber eröffnet um 6 Uhr die neue Sitzung und stellt fest, daß der Abg. Schwarz den Sitzungssaal verlassen hat. Er werde daher nur auf 8 Tage ausgeschlossen werden; er wäre auf 20 ausgeschlossen worden, wenn er den Saal nicht verlassen hätte. (Lärm b. d. Komm.) Er warnt ihn, den Sitzungssaal wieder zu betreten, da ihm das Betreten des Reichstagsgebäudes hiermit untersagt sei. (Unruhe b. d. Komm.)

### Reichskanzler Dr. Luther

setzt dann seine unterbrochene Rede fort. Als wieder Annaherungen erklingen, macht Vizepräsident Dr. Nieber darauf aufmerksam, daß, wenn diese Rufe nicht aufhören, er mit aller Entschiedenheit die Würde des Reichstags wahren werde.

Der Kanzler erklärt, daß er selbstverständlich nicht die Fragen behandelt habe, die bereits in der Regierungserklärung erwähnt worden sind. Es gehe noch manche Sachen, die besonderer Fürsorge bedürften, wie die Auslandsdeutschen. (Beifall.) Es sei richtig, daß eine Koalitionsregierung nicht vorhanden ist. Wäre sie vorhanden, so wäre auch noch nicht völlige Einmütigkeit nach allen Richtungen hin gewährleistet. Abg. Koch habe mit Recht gesagt, daß man mit seinen Koalitionsgenossen nie so ganz zufrieden sei. Das wesentliche sei aber, daß sich tatsächlich eine Mehrheit zusammengefunden hat, die für die Regierung die Möglichkeit praktischer Arbeit bietet. Mit leichter Ironie habe man gesagt, der Reichskanzler sei kein Politiker, sondern ein Verwaltungsmann. Der Kanzler erklärt, daß er sachlichen Dienst am Volkswohl leisten wolle. Er sei durchaus kein unbeschriebenes Blatt. (Lärm b. d. Komm.) Er wolle seinen Werdegang nicht verleugnen oder verdunkeln. Was er bisher als Ernährungs- und Finanzminister im Dienste des Deutschen Reiches getan habe, werde die Grundlage sein, auf der sich seine Tätigkeit als Kanzler aufbaue. (Erneuter Lärm b. d. Komm.) Die bisherige Zusammenarbeit im Kabinett habe schon bewiesen, daß es durchaus möglich sei, praktische Arbeit zu leisten. (Beifall b. d. Regierungsparteien.) Es bleibe an der Staatsform, in der wir leben, verweisen wir nicht, wenn wir nicht die Möglichkeit solcher praktischen Zusammenarbeit fänden. Bei der gemeinsamen Arbeit zur Rettung des Volkes stand eine Mehrheit auch hinter der Minderheitsregierung. Wir müssen danach streben, für jede Entscheidung eine möglichst breite Grundlage zu finden.

Das ist auch die Meinung des ganzen Kabinetts. Es sind so große Aufgaben für das Volk zu lösen, daß wir versuchen müssen, das Notwendige der Gesamtheit verständlich zu machen. Es muß bei allen diesen Fragen ein Ausgangspunkt gesucht werden, der dann verbreitert werden muß.

Der Kanzler erklärte, es sei durchaus unrichtig, wenn aus dem Auslande Stimmen kommen, die in der jetzigen Mehrheitsbildung einen Mangel an Willen zur Erfüllung der Aufgaben sehen. Ueber die Staatsform hat sich die Reichsregierung bereits völlig unmissverständlich geäußert. Selbstverständlich mißbilligt die Regierung jede Agitation gegen die Republik. Natürlich kann jeder Deutsche nach der Verfassung seine Meinung frei äußern. Auch die weitere Frage Kochs, ob die Regierung von Leuten abruhe, die die Regierung als Instrument gegen die Republik gebrauchen wollen, müsse selbstverständlich bejaht werden. (Lärm b. Komm.)

Das Kabinett sei der Ansicht, daß die Staatsform selbstverständlich nicht geändert werden solle. (Großer Gelächter links.) Wir müssen für die praktische Arbeit einen Zusammenschluß auf klarer Grundlage finden. Das Kabinett ist sich über die Grundlagen seiner künftigen Politik einig. Leider seien erhebliche Angriffe gegen einzelne Minister gerichtet worden. Es handelt sich um Männer, die hinter sich den Werdegang des Beamtenwesens haben. Minister Neubaus hat feingegirt als Beamter den Eid auf die Verfassung aus Gewissensbedenken nicht geleistet. Er ist von dieser Eidesleistung entbunden worden unter Anerkennung seiner erfolgreichen Tätigkeit, die er als Beamter geleistet hat. Das entsprechende Schreiben ist von Minister Fischel (Fischel ist jetzt demokratischer Reichstagsabg.) unterzeichnet. (Hört! hört! u. Heiterkeit.) Minister Fischel hat davon abgesehen, die Leitung des Treueides von Neubaus zu fordern und hat ihn weiter beschäftigt. Neubaus hat jetzt selbstverständlich den Eid auf die Verfassung geleistet. (Gehäusliches Gelächter b. Komm.)

Der Reichskanzler rühmt dann die Verdienste des Finanzministers Dr. v. Schlieffen in seiner Beamtenlaufbahn. Er hatte die schwere Aufgabe, einen Ausgleich zu finden zwischen Forderungen und Möglichkeiten. Auch aus den Reihen der früheren Reichskanzler hat Herr v. Schlieffen außerordentliche Anerkennung erfahren. (Hört! hört!) Auf Zurufe erwidert der Kanzler: Der Sozialministerorden sei eine Einrichtung der Wohltätigkeit. (Gelächter links.) Der Eid auf einen Monarchen, der nicht vorhanden sei, sei ebenfalls nicht vorhanden. (Erneutes Gelächter links.)

Auf den Vorwurf, das Kabinett sei zu weit nach rechts gerichtet, erinnert der Kanzler daran, daß er auch die Demokraten heranziehen wolle. Der Kanzler schließt mit der Aufforderung: Wenn die Entscheidung bei der Abstimmung so fällt, daß das Kabinett die Arbeit übernehmen kann, dann werden wir uns bemühen, sachliche Arbeit im Interesse des ganzen deutschen Volkes zu leisten. (Lebh. Beifall b. d. Regierungsparteien.)

Die Beratung wird darauf abgebrochen. — Donnerstag 11 Uhr: Protokoll der Kommunisten gegen den Ausschluß des Abg. Schwarz, Fortsetzung der politischen Debatte. Schluß 7/8 Uhr.

### Keine außenpolitische Rede Stresemanns.

(Berlin. Wie verlautet, wird Reichsaußenminister Dr. Stresemann im Laufe der politischen Aussprache im Reichstage das Wort nicht ergreifen. Reichskanzler Dr. Luther habe die außenpolitischen Fragen, die in der Debatte gestellt worden seien, in seiner gestrigen Rede mitbeantwortet. Zu einer großen außenpolitischen Rede biete die gegenwärtige Lage keinen Anlaß. Sie werde im Laufe der Staatsberatung bei dem Ort des Auswärtigen Amtes am Plage sein.)